



Zum Glück zwingen

„Überall in Europa verdienen Frauen weniger als Männer. In Deutschland liegt die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern bei 18 Prozent. Selbst bei gleicher formaler Qualifikation und ansonsten gleichen Merkmalen beträgt der Entgeltunterschied immer noch sechs Prozent. Ein klarer Hinweis auf versteckte Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt.“, ist auf der Seite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu lesen.

Es gibt viele Gründe, warum das so ist, letztlich muss aber zählen, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt wird, nicht nur im Öffentlichen Dienst, sondern überall. Männer und Frauen haben immer noch unterschiedliche Karrierechancen verbunden mit einem geringeren Einkommen.

Wenn offenbar in diesem Land das Ziel nicht erreicht werden kann, Frauen und Männern das gleiche Gehalt zu bezahlen, müssen die Parteien wenigstens an anderer Stelle für einen Gleichstand sorgen. Stichwort Quote. In den Parteien SPD, Grüne und Linke gibt es längst die Quote. Auch wenn es nicht möglich scheint, beispielsweise im Bundestag Parität herzustellen, so ist die SPD auf einem guten Weg, sie hat 67 Frauen und 85 Männer in ihrer Fraktion. Linke (37-32) und Grüne (38-29) erfüllen die Quote mehr als erforderlich. Das wird sicherlich daran liegen, dass es mehr qualifizierte Frauen als Männer gibt.

Manchmal gibt es auch sehr merkwürdige Vorstellungen von der Quotenerfüllung. Die Rednerlisten bei Parteitagungen wechseln sich zwischen Frauen und Männern ab. In Berlin endete bei einem SPD-Parteitag die Quotenliste und es blieben nur noch Männer übrig. Sofort kam der Vorschlag, die Rednerliste zu beenden. Das hätte bedeutet, dass die restlichen Männer nicht mehr zu Wort gekommen wären, ein zweifelhaftes Verständnis von Demokratie. Der Antrag wurde (nach meiner Erinnerung) abgelehnt.

In der FDP-Fraktion sitzen 19 Frauen und 61 Männer, und bei der Union 51 Frauen und 195 Männer. Von den 45 CSU-Abgeordneten sind nur zehn Frauen, also 22 Prozent. Einen schlechteren Wert hat die AfD mit neun Frauen von 79 Abgeordneten, elf Prozent. Aber mit der AfD will sich ja niemand vergleichen.

Es gibt also Nachholbedarf bei der Union. Die Frauenförderung ist in Bayern Chefsache des Ministerpräsidenten, ohne besonders spektakuläre Erfolge. 2020 saßen im bayerischen Kabinett genauso viele Ministerinnen wie Minister. Nur ein Jahr später baute Söder sein Kabinett um, so dass jetzt wieder deutlich

mehr Männer als Frauen in der Staatsregierung sitzen.

Die große Schwester der CSU, die CDU, hat gestern mit 559 zu 409 Stimmen beschlossen, eine 50-prozentige Frauen-Quote einzuführen, nach und nach, versteht sich. Das ist eine Art Fünf-Jahres-Plan, der wieder in die Tonne getreten werden kann, wenn er den Parteitagsdelegierten nicht gefällt. Das sind wirklich epochale Beschlüsse.

Die Abstimmung kann nicht als großer Erfolg gefeiert werden. Interessant ist dabei, dass gerade junge Frauen von der Quote nichts halten. „Bei einem Frauenanteil von 26 Prozent in der Mitgliedschaft sei eine Quote von 50 Prozent ‚ein Angriff auf unsere innerparteiliche Demokratie‘, sagte **Sarah Beckhoff** (27) von der Jungen Union. **Wibke Winter** (26), Mitglied im Bundesvorstand der Partei, erklärte, sie sei stolz, ihre Position erreicht zu haben, weil sie mit Ideen überzeugt habe, „nicht, weil ich eine Frau bin“.

Quelle: Berliner Morgenpost

Die 29-jährige Berliner CDU-Politikerin vom Prenzlauer Berg, **Franziska Dezember**, sagte: „Die Quote helfe kein bisschen bei der Vereinbarkeit von Familie und politischem Engagement.“ Und die 31-jährige Paderborner CDU-Kreisvorsitzende, **Corinna Rotte**, sagte: „Keine Frauenquote der Welt stellt sicher, dass meine Kinder mittags aus der Kita abgeholt werden.“ Quelle: Der Tagesspiegel

Warum, so fragt man sich, muss immer alles streng geregelt werden? Ist es wirklich nur mit der Zwangsmaßnahme einer Quote zu erreichen, dass in etwa so viele Frauen wie Männer politische Ämter bekleiden können?

So wie die Frauen zu ihrem Glück auf eine politische Karriere durch die Quote gezwungen werden sollen, soll auch die Bevölkerung, vornehmlich von den öffentlich-rechtlichen Sendern, zu einer Verhöhnung der deutschen Sprache gezwungen werden. **Friedrich Merz** griff das Thema auf: „Die Sender hätten einen staatlichen Bildungs- und Informationsauftrag. Er forderte sie auf, sich an Regeln zu halten, die wir uns alle in diesem Land gegeben haben – auch für die Verwendung der deutschen Sprache.“ Tagesspiegel

In seiner letzten Sendung als Moderator des *rbb-Kleinkunstfestivals*, sagte **Dieter Nuhr** zum Schluss und wiederholte Male, dass er sich am Gendern nicht beteiligen werde. Und Sender, die das tun, würde er nicht einschalten. Welcher Sender bleibt da übrig? Am besten ein englischsprachiger.

Ed Koch